Fragen

für die Fragestunde der 38. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Juni 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	12, 13
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 78	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	72	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 75
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	46, 47	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 42
Cezanne, Jörg (DIE LINKE.)	64, 65	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	32, 33	Luksic, Oliver (FDP)	59
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	43
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	31	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Helling-Plahr, Katrin (FDP)	11, 57	Renner, Martina (DIE LINKE.)	9, 10
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	14, 82	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 71
Hohmann, Martin (AfD)	34, 35	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	21, 24		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Strengmann-Kuhn, Wolfgang, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Saathoff, Johann (SPD)	36	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74
Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56	Todtenhausen, Manfred (FDP)	19, 20
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81
Schmidt, Uwe (SPD)	69, 70	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	25, 26
Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	15, 83	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	44, 45
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 58		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	25

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Worin bestehen nach Auffassung der Bundesregierung die Unterschiede zwischen dem Investivhaushalt für die Eurozone, wie er im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschrieben wurde, dem Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu einem Eurozonenbudget und dem der EU-Kommission zu einer Konvergenzfazilität?

2. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrem Interview vom 3. Juni 2018 in der „Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG“ ausgeführt, dass sie einen neuen EWF außerhalb der EU-Verträge schaffen will, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart wurde, den ESM zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterzuentwickeln, der im Unionsrecht verankert sein sollte?

3. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Palais an der Oper in München im Jahr 2013 Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die als Verkäuferin auftretende Landesbank Baden-Württemberg oder andere Verpflichtete und Aufsichtsbehörden nach § 2 und § 50 des Geldwäschegesetzes gegeben hat (Quelle: DER SPIEGEL 2/2013 – www.spiegel.de/spiegel/print/d-90438206.html), und welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kudamm-Karrees in Berlin an private Investoren im Jahr 2014 Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die an der Finanzierung beteiligte Bayerische Landesbank oder andere Verpflichtete und Aufsichtsbehörden nach § 2 und § 50 des Geldwäschegesetzes gegeben hat (Quelle: Pressemitteilung JLL 12/2014 – www.jll.de/germany/de-de/presse/1515/cells-bauwelt-gmbh-erwirbt-berliner-kudamm-karree)?

4. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, inwiefern es im Zusammenhang mit dem Verkauf des Luxushotels am Opernplatz in Frankfurt am Main an einen russischen Investor Geldwäscheverdachtsanzeigen oder -meldungen durch die am Verkauf beteiligte Hessische Landesbank oder andere Verpflichtete und Aufsichtsbehörden nach § 2 und § 50 des Geldwäschegesetzes gegeben hat (Quelle: FAZ 04/2016 – www.faz.net/aktuell/rhein-main/panama-papers-verweisen-auf-frankfurter-hotel-am-opernplatz-14186020.html), und welche Rolle spielen die Landesbanken nach Ansicht der Bundesregierung bei der Bekämpfung von Geldwäsche im Immobiliensektor?
5. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung einen Vorschlag bzw. einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Grundsteuer erarbeiten und im Rahmen der Gespräche mit den Ländern zur Diskussion stellen, und wenn ja, wie sieht der Zeitplan zur Erarbeitung dieses Vorschlags aus?
6. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird sich die Bundesregierung im Rahmen der MFR-Verhandlungen innerhalb der EU, insbesondere vor dem Hintergrund der Verluste der Einnahmenseite, verursacht durch den Brexit und dem Ziel der EU, das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu wollen, für eine CO₂-Abgabe bzw. eine CO₂-Steuer auf Energieträger als neues Eigenmittel der EU einsetzen, und wenn sich die Bundesregierung nicht für eine CO₂-Abgabe bzw. eine CO₂-Steuer auf Energieträger als Eigenmittel der EU einsetzen wird, warum nicht?
7. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung nun wie angekündigt (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/1979) die zwischenzeitlich vorgelegten, konkreten Vorschläge der EU-Kommission zur Einbeziehung von Klimarisiken in Risikomanagementsysteme von Kreditinstituten im Sinne eines nachhaltigen Finanzwesens geprüft und bewertet, und unterstützt sie diese auch vor dem Hintergrund der Sustainable Development Goals (SDGs) und der Klimaziele von Paris?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

8. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung eine Rechtsauffassung bzgl. der Verfassungsmäßigkeit der Änderungen im bayerischen Polizeiaufgabengesetz vom 25. Mai 2018 – insbesondere an der Einführung der Begriffe der „drohenden Gefahr“ und der „Präventivhaft“ – gemessen an den vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) festgelegten Maßgaben, dargelegt insbesondere in seinem Urteil vom 20. April 2016 (BVerfG 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09) gebildet, und plant die Bundesregierung, die genannten Änderungen auch im Polizeirecht des Bundes (BKA und BPolG) bzw. im geplanten Musterpolizeigesetz für die Länder (www.taz.de/!5499809/; www.tagesspiegel.de/politik/bayerisches-polizeigesetz-die-csu-opfert-die-freiheit-aus-angst-vor-der-afd/22573896.html) einzuführen?
9. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Erkennt die Bundesregierung den Mord an der Holocaustüberlebenden Blanka Zmigrod, die am 23. Februar 1992 von dem Neonazi John Ausonius in Frankfurt am Main ermordet wurde, als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt an?
10. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele der mutmaßlich rechtsfehlerhaft durch die Außenstelle Bremen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber galten nach Kenntnis der Bundesregierung vor Abschluss des Asylverfahrens beim Landeskriminalamt Bremen als islamistische Gefährderinnen oder Gefährder?
11. Abgeordnete
Katrin Helling-Plahr
(FDP)
- Gedenkt die Bundesregierung, die anwaltliche Vertretung in Asylverfahren zukünftig nicht mehr zuzulassen (vgl. Vorschlag des Abgeordneten Armin Schuster in www.welt.de/politik/deutschland/article176802778/Asyl-Skandal-Bremer-Ex-BAMF-Chefin-sieht-sich-in-Opferrolle-gedraengt.html)?

12. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war die bereinigte Gesamtschutzquote in der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei jesidischen Flüchtlingen aus Syrien bzw. dem Irak in den Jahren 2013 bis 2017 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (bitte absolute und relative Zahlen nennen), und welche Angaben lassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung dazu machen, wie viele jesidische Flüchtlinge aus Syrien bzw. dem Irak in den Jahren 2013 bis 2017 in Bremen bzw. im Bundesdurchschnitt nachträglich durch die Gerichte einen Schutzstatus erhalten haben (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hält die Bundesregierung Zurückweisungen von Schutzsuchenden, die bereits in einem anderen EU-Land registriert wurden, an den deutschen EU-Binnengrenzen ohne die Durchführung eines Verfahrens zur Feststellung der Zuständigkeit nach der EU-Dublin-Verordnung für rechtlich zulässig (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6. Juni 2018, „CSU will Flüchtlinge an der Grenze abweisen“), vor dem Hintergrund, dass Horst Seehofer auf einer Pressekonferenz vom 9. Oktober 2017 zur Einigung der CDU und CSU zu einem „Regelwerk zur Migration“ erklärte, dass Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen eine komplizierte Sache seien und überdies Änderungen der Dublin-Verordnung voraussetzten und dass der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 31. Mai 2018 (C-647/16) festgestellt hat, dass die Überstellung eines Asylsuchenden trotz EURODAC-Treffers nicht ohne vorherige Zustimmung des ersuchten Staates, die effektiv gerichtlich anfechtbar sein muss, erfolgen darf (bitte bei der Antwort auf beide Aspekte begründet eingehen), und inwieweit wären solche Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den deutschen EU-Binnengrenzen überhaupt effektiv, da es nach dem EU-Recht grundsätzlich keine systematischen Kontrollen an EU-Binnengrenzen geben darf und im Jahr 2017 bei den ausnahmsweise doch erfolgten Kontrollen der deutsch-österreichischen Grenze gerade einmal 1 740 Asylanträge registriert wurden, was weniger als 1 Prozent aller in Deutschland gestellten Asylanträge ausmacht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1371, Antwort zu Frage 27, bitte begründen)?

14. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung konkrete Zahlen darüber vor, in wie vielen Fällen (absolut und prozentual) medizinische Gutachten die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern verhindern und wie viele dieser Gutachten von Amtsärzten überprüft werden?
15. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- In welchen Ländern waren in diesem Jahr Personen im Auftrag der Bundesregierung zu Besuch, um mit den jeweiligen Regierungen darüber zu sprechen, ob diese die Rückführung von sich in Deutschland illegal aufhaltender eigener Staatsbürger auch ohne die Ausstellung von gültigen Ausweis- oder Reisedokumenten durch die jeweilige Botschaft akzeptieren würden, wie dies nach Informationen der Deutschen Welle beispielsweise in Nigeria passierte (www.dw.com/en/germany-proposes-plan-to-repatriate-30000-nigerians/a-43824080), und was waren die bisherigen Ergebnisse der Konsultationen?
16. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie aussagekräftig hält die Bundesregierung die Ergebnisse der Pilotphase bei der Einrichtung von AnKER-Zentren für eine bundesweite Folgenabschätzung, obwohl nur zwei der 16 Bundesländer eine Beteiligung an der Pilotphase vorsehen (www.br.de/nachrichten/ankerzentren-fuer-fluechtlinge-horst-seehofer-ringt-mit-den-bundeslaendern-100.html), und inwieweit wird sie die Erkenntnisse als valide Grundlage nutzen, um mögliche Auswirkungen von AnKER-Zentren auf das gesellschaftliche Umfeld zu bewerten?
17. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die Bundesregierung konkrete Vorkehrungen, und wenn ja, welche, um insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Situation der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen sowie der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum eine Teilhabe der Bewohner des AnKER-Zentrums sowie ein gleichbleibendes Angebot in den Kommunen zu gewährleisten?

18. Abgeordneter
**Christian Kühn
(Tübingen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der Stichtag, ab dem Antragsberechtigte Anspruch auf das von der Bundesregierung geplante Baukindergeld haben, und handelt es sich dabei um das Einzugs- oder das Kauf-/Bauantragsdatum?
19. Abgeordneter
**Manfred
Todtenhausen**
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Mittelstandsverbands BVMW (<https://news.dsmailes.com/-link2/14368/197/9/79/21999/ZCYTqeKR/gDKmunSfXR/0>), wonach 73 Prozent der befragten Unternehmen wegen der DSGVO ihre digitalen Aktivitäten eingeschränkt haben, was besonders auch die kleinen und mittleren Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe betrifft?
20. Abgeordneter
**Manfred
Todtenhausen**
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung kurzfristig zu tun, um dem Rückgang der digitalen Aktivitäten zu begegnen?
21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details (Typ des Fahrzeugs sowie Lieferdatum an die jeweilige Polizeibehörde) kann die Bundesregierung hinsichtlich der geplanten Beschaffung neuer geschützter Einsatzfahrzeuge für die Bereitschaftspolizeien der Länder und die Bundespolizei als Nachfolger des Sonderwagens SW 4 mitteilen (Antwort auf die Schriftliche Frage 21 des Abgeordneten Dr. Diether Dehm auf Bundestagsdrucksache 19/2334), und wie stellt sich am Ende der Maßnahme der Gesamtbestand der neuen Fahrzeugtypen dar?
22. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung – vor allem das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – die Bevölkerung Deutschlands für geschützt gegen hiesigen Einsatz von Kampfstoffen der Nowitschok-Gruppe, über die nach dem Skripal-Anschlag schon die Organisation für das Verbot chemischer Waffen am 12. April 2018 berichtete (www.opcw.org/fileadmin/OPCW/S_series/2018/en/s-1612-2018_e_.pdf), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass – außer Russland und NATO-Staaten (www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-05-04-2018/gifianschlag-salysbury-wie-alternativlos-ist-das-russland-szenario-wirklich.html und www.tagesschau.de/inland/skripal

nowitschok-bnd-101.html) – auch Bundesbehörden und Personen in Deutschland über solche Kampfstoffe verfügen, etwa aufgrund einer sogenannten Defensivforschung damit?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

23. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt das Auswärtige Amt die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Regierungsbefragung vom 6. Juni 2018 geäußerte Einschätzung (Plenarprotokoll 19/35), dass der neue Lagebericht des Auswärtigen Amts zu der Sicherheitslage in Afghanistan die Bewertung zulässt, dass die bisher geltenden Beschränkungen für Abschiebungen nach Afghanistan nun entfallen können und somit nun nicht nur Straftäter, Gefährder und hartnäckige Identitätstäuscher sondern alle ausreisepflichtigen Afghanen und Afghaninnen wieder nach Afghanistan abgeschoben werden sollen?
24. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Umständen bleibt aus Sicht der Bundesregierung bei Flugzeugen und Schiffen auf hoher See/in Küstengewässern von Drittstaaten (analog: internationale/hoheitliche Lufträume) die deutsche Hoheitsgewalt erhalten oder nicht erhalten, da diese „quasi ihr eigenes Hoheitsgebiet mitbringen“ (Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, 80. EL Juni 2017, Artikel 83 Rn. 52), und inwiefern ist nach Auffassung der Bundesregierung das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Hirsi, dass ein italienisches Schiff auf hoher See italienisches Territorium darstellt (vgl. Seite 5 Urteilsbegründung: 18. Article 4 of the Navigation Code of 30 March 1942, as amended in 2002, provides as follows: „Italian vessels on the high seas and aircraft in airspace, not subject to the sovereignty of a State are considered to be Italian territory“), für deutsche Schiffe und Flugzeuge übertragbar?

25. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen verweigert die Bundesregierung dem Vorsitzenden des taiwanischen Parlaments (Legislative Yuan), Su Chia-chyuan, die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland?
26. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Auf welcher rechtlichen Grundlage verweigert die Bundesregierung die Einreise welcher taiwanischer Amtsträger in die Bundesrepublik Deutschland?
27. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung konsularischen Zugang zu dem in der Türkei wegen Terrorverdachts inhaftierten deutschen Staatsbürger P. K., und welche Informationen hat die Bundesregierung über den Stand des Verfahrens?
28. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Verhaftung mehrerer prominenter Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtler (www.hrw.org/news/2018/05/23/saudi-arabia-growing-crackdown-womens-rights-activists) die Lage der Frauenbewegung in Saudi-Arabien, und inwiefern engagiert sie sich bilateral oder im Rahmen der Europäischen Union für die Freilassung der Inhaftierten?
29. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Plant die Bundesregierung, den voraussichtlich deutschen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat bereits in einen EU-Sitz umzuwidmen, und wenn nein, warum nicht?
30. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, die europäische Außenpolitik durch die Einführung des Mehrheitsbeschlusses funktionsfähiger zu machen?

31. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche eigenen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Ausschreitungen vom 25. Mai 2018 im Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos vor, nach denen rund 1 000 Menschen, insbesondere kurdische und jesidische Familien, den Hotspot verlassen haben (https://rp-online.de/politik/krawalle-im-fluechtlingslager-auf-lesbos_aid-22891297)?
32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass das Bestreben Polens, dass eine US-Panzerdivision dauerhaft in Polen stationiert wird – und Polen bereit ist, für Infrastruktur und weitere Kosten bis zu 2 Mrd. US-Dollar zu bezahlen, eine offene Aufkündigung der NATO-Russland-Grundakte darstellt – wonach sich die NATO verpflichtet, auf dem Gebiet der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten keine substantiellen Kampftruppen dauerhaft zu stationieren –, selbst wenn es sich nicht originär um NATO-Truppen handelt (<https://augengeradeaus.net/2018/05/polen-will-us-panzerdivision-und-bietet-zwei-milliarden-dollar/>), und inwieweit wird sich die Bundesregierung gegenüber Polen und den USA dafür einsetzen, dass es zu keinem Bruch der NATO-Russland-Grundakte kommt?
33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse über den Umfang des Einmarsches türkischer Truppen im Irak, mittels dem eine Sicherheitszone eingerichtet (AFP vom 4. Juni 2018) und damit nach meiner Auffassung faktisch eine dauerhafte Besetzung ermöglicht werde, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Einmarsch völkerrechtlich?
34. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit hat sich die Bundesregierung bereits mit der Frage eines Austritts aus der UN/IOM (wann/wie) beschäftigt, und wenn nein, warum nicht?
35. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis über Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die IOM/UN?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

36. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)
- In welcher Form wird die Beteiligung des Deutschen Bundestages bei der Weiterentwicklung des Strategiepapiers zur Stärkung der Verteidigungsindustrie und die Umsetzung seiner Beschlüsse hinsichtlich der Einstufung von Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie gewährleistet, wenn laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 64, Plenarprotokoll 19/35 in dem Weiterentwicklungsprozess alle relevanten Interessenträger umfassend konsultiert werden sollen (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/6328 und 18/11725)?
37. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und mit welcher Zielsetzung wird die Bundesregierung an einem Konzept zur Überarbeitung des Abgaben- und Umlagesystems im Energiesektor und der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerten Reform der Netzentgelte arbeiten?
38. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum nutzt die Bundesregierung nicht die zahlreichen Potentiale zur besseren Nutzung der Bestandsnetze, zur Beschleunigung des Netzausbaus, zur Nutzung des Stroms vor dem Netzengpass sowie zur Reduktion der Kohle- und Atomstromproduktion vor dem Netzengpass, wie sie zum Beispiel im Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/2109 dargelegt sind, da gemäß der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/2610 vom 4. Juni 2018 der Ausbau der erneuerbaren Energien für die Bundesregierung vor allem eine Frage der Netzintegration ist?
39. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wartet die Bundesregierung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien auf den Netzausbau und verliert somit nach meiner Auffassung wertvolle Zeit für den Klimaschutz sowie viele Arbeitsplätze, anstatt Erneuerbare und Netze parallel für die Erfordernisse der 2030-Ziele auszubauen, da ein Transport der letzten Kilowattstunde

nach dem Gesetz nicht vorgesehen ist, sondern eine Spitzenkappung von 3 Prozent vom Gesetzgeber gewollt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

40. Abgeordnete
Tebea Röbner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in Bezug auf den Vorschlag der EU-Kommission zu europäisch geregelten Verbandsklagen?
41. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die von der Europäischen Kommission vorgelegte Verordnung zur Änderung der Vorgaben für ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel (SPC Manufacturing Waiver) dahingehend ergänzt wird, dass Hersteller von Generika und Biosimilar zukünftig die Möglichkeit erhalten, innerhalb der EU vor Ablauf des Patentschutzes „auf Vorrat“ für den europäischen Markt Arzneimittel zu produzieren, um dann nach Ablauf des Patentschutzes direkt mit dem Verkauf innerhalb der EU beginnen zu können?
42. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann ist nach Planungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz die Abstimmung des Referentenentwurfs des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zum Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn und zur Anpassung der Regelungen über die Modernisierung der Mietsache (Mietrechtsanpassungsgesetz – MietAnpG) zwischen den Bundesministerien abgeschlossen, und wann soll der Gesetzentwurf im Kabinett beschlossen werden?

43. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung – insbesondere die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz – aus der Forderung der hessischen Justizministerin, wonach angehende Richterinnen und Richter in der Regel auf ihre Verfassungstreue überprüft werden sollen (www.faz.net/aktuell/rhein-main/hessen-will-angehende-richter-auf-verfassungstreue-pruefen-15622229.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

44. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stellen waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils zum Ende der Jahre 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017 bundesweit bei den Jobcentern unbesetzt, und welchen prozentualen Anteil hatten diese an der Gesamtzahl der Stellen?
45. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung zum Ende des Jahres 2017 der prozentuale Anteil der unbesetzten Stellen an der Gesamtzahl der Stellen bei den Jobcentern nach Bundesländern?
46. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um den Betriebsrat der Kölner Niederlassung von Deliveroo den u. a. vom ver.di Vorsitzenden Frank Bsirske zur Diskussion gestellten Vorschlag, Unternehmen gesetzlich zur Entfristung der Arbeitsverträge befristet beschäftigter gewählter Betriebsräte und Betriebsrätinnen nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu verpflichten, bis zum Ende der Wahlperiode umzusetzen?

47. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Liegt nach Auffassung der Bundesregierung ein Verstoß gegen das Mindestlohngesetz auch dann vor, wenn ein Bruttostundenlohn gezahlt wird, der mit 9 Euro nur geringfügig oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes liegt, zugleich aber von den Arbeitnehmern Aufwendungen für die Bereitstellung und Unterhaltung eigener Arbeitsmittel wie z. B. Smartphone und Fahrrad erwartet werden, deren Kosten die Differenz zum gesetzlichen Mindestlohn übersteigen, und welche Intensität der Sicherheitskontrollen der eingesetzten Arbeitsmittel hält die Bundesregierung für erforderlich, um die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers zu gewährleisten?
48. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung daran fest, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart, einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten zu entwickeln?
49. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass mehr soziales Europa Krisen vorbeugt und stabilisierend wirkt, und wenn ja, wie setzt sie sich dafür ein (bitte Zeitrahmen angeben)?
50. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit einem Abschluss der Trilog-Verhandlungen über die EU-Barrierefreiheits-Richtlinie (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen; KOM(2015) 615 endg.) zu rechnen, und an welchen Punkten sieht die Bundesregierung noch Verhandlungsbedarf?
51. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen für eine Ausweitung des Anwendungsbereiches aussprechen, die über die allgemeine Ausrichtung des Rates vom Dezember 2017 hinausgeht (z. B. im Bereich des Tourismus), und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

52. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches weitere Vorgehen haben Bund und Länder auf ihrem Treffen am 1. Juni 2018 im Hinblick auf das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration ab dem 1. Januar 2019 verabredet, und mit welcher Begründung ist eine Verschiebung des Ausstiegsdatums aus der betäubungslosen Ferkelkastration für die Bundesregierung verhandelbar?
53. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Länderinitiativen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Bezug auf eine Verschiebung des Ausstiegsdatums aus der betäubungslosen Ferkelkastration geplant, und welche Unterstützung hat der Bund den Ländern signalisiert?
54. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Kürzungen in der zweiten Säule der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), und wird sich die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission für einen ambitionierten und verbindlichen Ausbau der von der Kommission vorgeschlagenen Ecoschemes und damit eine Konditionierung der Mittel in der ersten Säule der GAP an Gemeinwohlleistungen in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Natur- und Tierschutz auf den landwirtschaftlichen Flächen einsetzen?
55. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung eine ausreichende Mittelausstattung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union sicherzustellen, um die Finanzierung zielorientierter Agrarumwelt-, Klima- und Naturschutzmaßnahmen zu erhalten, angesichts der Tatsache, dass die aktuell vorliegenden Vorschläge der Europäischen Kommission überproportionale Kürzungen in der zweiten Säule bedeuten (www.martin-haesusling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/1959-kommissionvorschlag-gab-2020-ein-flickenteppich-ohne-gruen.html), und plant die Bundesregierung insbesondere, wegfallende Mittel in der zweiten Säule aufgrund von Kürzungen der EU-Zuweisungen aus GAK-Geldern

(GAK: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) zu kompensieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

56. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird die Bundesregierung ihrer staatlichen Handlungspflicht aus den Artikeln 4 und 7 der für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich geltenden UN-Frauenrechtskonvention (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW) sowie den Artikeln 21 und 23 der Europäischen Charta der Grundrechte nachkommen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik zu gewährleisten, und mit welchen Maßnahmen wird die wiederholte Aufforderung des CEDAW-Ausschusses (www.djb.de/verein/Kom-u-AS/K5/pm17-10/) umgesetzt, den Anteil von Frauen in politischen und öffentlichen Gremien zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

57. Abgeordnete
Katrin Helling-Plahr
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass mit Inkrafttreten des Samenspenderregistergesetzes zum 1. Juli 2018 eine künstliche Befruchtung mit bereits teilweise verwendeten und dann für die Zeugung von Geschwisterkindern reservierten Samenzellen insbesondere anonymer Spender faktisch nicht mehr möglich ist?
58. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie geht die Bundesregierung mit der Kritik in der vom Deutschen Bundestag ausgesprochenen Subsidiaritätsrüge (Bundestagsdrucksache 19/1296) zu dem von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf einer Verordnung zur Vereinheitlichung der Nutzenbewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten auf europäischer Ebene um, welche verschiedene Elemente, wie etwa die

Rechtsgrundlage und die verpflichtende Übernahme der europäischen Nutzenbewertung kritisiert, und wie wird sie diese Kritik auf europäischer Ebene in den anstehenden Ratsverhandlungen und gegenüber der Kommission einbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

59. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass mit der Einführung der LKW-Maut auf allen Bundesstraßen zum 1. Juli 2018 die unter anderem aus Lärmschutzgründen verfügten Verkehrsbeschränkungen obsolet werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese jetzt geltenden Beschränkungen, wie z. B. Durchfahrtsverbote für LKW gegebenenfalls in Absprache mit den Bundesländern erneut zu erlassen?
60. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden Finanzmittel der insgesamt 100 Mio. Euro, die im Jahr 2016 für die Beschaffung von Elektrofahrzeugen für den Fuhrpark des Bundes bereitgestellt wurden (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/foerderung-elektromobilitaet.html), bislang abgerufen (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie viele Fahrzeuge wurden mit diesen Finanzmitteln bislang beschafft (bitte nach Bundesressorts aufschlüsseln)?
61. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der auf dem „Nationalen Forum Diesel“ am 2. August 2017 angekündigte Verbraucherbeirat beim Kraftfahrt-Bundesamt (vgl. Erklärung des „Nationalen Forums Diesel“, www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/170802-erklaerung-nationales-diesel-forum.pdf?__blob=publicationFile) erstmals tagen, und welche Organisationen, Institutionen bzw. anderen Mitglieder werden Teil dieses Verbraucherbeirates sein?

62. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann kann nach Einschätzung der Bundesregierung frühestens mit einer verpflichtenden Einführung von Abbiegeassistenten in LKW und Bussen gerechnet werden, wenn die EU ab jetzt an einer Regelung arbeitet, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um eine Regelung auf Ebene der EU bzw. der UNECE zu beschleunigen?
63. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe werden von der Bundesregierung Maßnahmen zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrswegeplans verausgabt, und in welcher Höhe sind die Mittel von 25 Mio. Euro zur Ertüchtigung von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 10, Plenarprotokoll 19/35) dem Radverkehr zuzuordnen?
64. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Rechtsgrundlage können nach Auffassung der Bundesregierung private Sicherheitsunternehmen, welche im Auftrag von Einzelhandelsunternehmen deren Parkraum bewirtschaften (www.swr.de/swraktuell/rp/private-unternehmen-verteilen-straßen-knoellchen-aerger-auf-dem-supermarkt-parkplatz/-/id=1682/did=21000876/nid=1682/jxcOzf/index.html), Halterabfragen zur Identifizierung der Halter z. B. nicht ordnungsgemäß geparkter Fahrzeuge bei den zuständigen Behörden (Zulassungsstellen und Kraftfahrt-Bundesamt) durchführen, und wie hat sich die Anzahl der jährlichen Halterabfragen bei den zuständigen Behörden seit 2010 nach Kenntnis der Bundesregierung entwickelt?
65. Abgeordneter
Jörg Cezanne
(DIE LINKE.)
- Ist es angesichts der Antwort auf meine Mündliche Frage 7 (Plenarprotokoll 19/35) „damit wird die Vergütung der Projektgesellschaften, die im Rahmen Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) Autobahnabschnitte betreiben und über eine Mautweiterleitung vergütet werden, wieder möglich“ zutreffend, dass diese Projektgesellschaften derzeit nicht über eine Mautweiterleitung vergütet werden (bitte begründen), und wie ist die Vergütung dieser Gesellschaften derzeit bis zum Inkrafttreten neuer Mautsätze am „01. Januar 2019“ (ebd.) geregelt?

66. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in Hinblick auf das Paket für saubere Mobilität der EU-Kommission, insbesondere zu den neuen CO₂-Grenzwerten für LKW?
67. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der Zielfahrplan 2030plus zur Umsetzung eines „Deutschland-Taktes“ abgeschlossen sein (bitte mindestens Kalendermonat angeben), und durch welche diesen Prozess begleitenden Gremien wird die ausreichende Interessenwahrung sowohl des Schienenpersonen- als auch des Schienengüterverkehrs sichergestellt?
68. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unterstützung leistet die Bundesregierung zur Entlastung des Stadt-Umland-Verkehrs von Berlin z. B. beim Wiederaufbau der Potsdamer Stammbahn, und zu welchen Ergebnissen ist man mit den Verhandlungspartnern dazu bisher gekommen (bitte einzeln aufschlüsseln)?
69. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- Wie viele Kontrollen von Schiffen unter fremder Flagge sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Hafenstaatkontrolle auf die Einhaltung international vereinbarter Normen für die Sicherheit, die Verhütung von Verschmutzung und die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord hin zwischen 2013 und 2017 (bitte tabellarisch aufführen) durchgeführt worden (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 84, Plenarprotokoll 19/22)?
70. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- Wie viele Prüfungen von Abgaseinrichtungen an Bord von Binnenschiffen haben nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen 2013 und 2017 (bitte tabellarisch aufführen) durch die Wasserschutzpolizei bzw. im Rahmen von wiederkehrenden oder Sonderuntersuchungen durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt stattgefunden (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 54, Plenarprotokoll 19/25)?

71. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs, dessen Bericht vom 5. Juni 2018 zufolge das EU-weite Ziel, bis 2025 flächendeckend Geschwindigkeiten von bis zu einem Gigabit pro Sekunde zu ermöglichen, in Deutschland mit den aktuell genutzten Technologien „wahrscheinlich nicht zu verwirklichen“ ist (www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/breitband-internet-in-deutschland-eu-rechnungshof-zweifelt-an-verwirklichung-a-1211283.html), und welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung, das EU-Ziel trotzdem zu erreichen?
72. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Inwiefern finden die Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofes aus seinem Sonderbericht zum Breitbandausbau in den Mitgliedstaaten Eingang in die Breitbandstrategie des Bundes, und wie hoch waren die europäischen Mittel, die seit 2014 für die Breitbandversorgung nach Deutschland – insbesondere in den Freistaat Sachsen – in Form von Fördermitteln und Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) geflossen sind?
73. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen am Breitbandförderprogramm sollen, wie bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigt und in der Ausschusssitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur am 6. Juni 2018 vom Bundesminister Andreas Scheuer nochmals bekräftigt, konkret vorgenommen werden, vor dem Hintergrund des auf geringem Niveau stagnierenden Mittelabflusses der Förderverfahren, die in vielen Fällen bereits angelaufen sind, und wann ist mit einer beschleunigten Umsetzung auch für engagierte Vereine und die Kommunen, die bereits in den Verfahren sind, zu rechnen (www.heise.de/newsticker/meldung/Breitbandausbau-Bund-wird-Foerdermittel-nicht-los-3966561.html)?
74. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien legt die Bundesregierung zukünftig zugrunde, um über die Förderfähigkeit und die Förderhöhen für die Entwicklung von Computer- und Videospiele zu entscheiden (www.mediabiz.de/games/news/digitalstaatsministerin-baer-will-gamesfoerderung-zuegig-verwirklichen/430444), und wird die Bundesregierung der Forderung des Branchenverbands Game nach einer

Förderung in Höhe von 50 Mio. Euro nachkommen (Games-Fonds: www.game.de/wp-content/uploads/2018/04/2018-04-24-Deutscher-Games-Fonds.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

75. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber der Einführung eines CO₂-Mindestpreises im Emissionshandel, und mit welchen Ergebnissen hat sie mit der französischen Regierung über die entsprechende Initiative von Präsident Emmanuel Macron gesprochen (DIE WELT vom 23. Juni 2017; bitte Zeitpunkt angeben)?
76. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) die bei ihm im Rahmen der Länder- und Verbändeanhörung zur 16. Atomgesetzes-Novelle eingegangene Stellungnahme des Energieversorgungsunternehmens Vattenfall inhaltlich nicht (bitte möglichst ausführlich begründen; vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 19/35, S. 3293), und würde das BMU es grundsätzlich begrüßen, wenn der Bundestag die Absicht verfolgen würde, die vorliegende 16. AtG-Novelle vor ihrer Verabschiedung so anzupassen, dass auf Atomkraftwerke im Netzausbaubereich keine Reststrommengen mehr übertragen werden können – bei Bedarf ggf. mit entsprechender Entschädigungsregelung (vgl. die mir diesbezüglich unklare Antwort der Bundesregierung auf meine zweite Nachfrage zu meiner Mündlichen Frage 23, Plenarprotokoll 19/35, S. 3294)?
77. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode im Rahmen bilateraler Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der französischen Regierung über bzw. auch über deren derzeit öffentlich in Frankreich debattierte, mehrjährige Energieprogrammplanung (Programms des pluriannuelles de l'énergie) gesprochen (ggf. bitte mit vollständiger Angabe der Gesprächsparteien und Kalenderdaten), und setzte bzw. setzt sie sich in diesem Kontext für die möglichst schnelle Abschaltung der

grenznahen Atomkraftwerke (AKW) Cattenom und Fessenheim – insbesondere durch Aufhebung der rechtlichen Verknüpfung zwischen Abschaltung des AKW Fessenheim und Inbetriebnahme des AKW Flamanville 3 – ein (ggf. bitte erläutern)?

78. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen (bitte einzeln aufschlüsseln) will die Bundesregierung die aus dem Klimaschutzbericht 2017 resultierende Klimaschutzlücke 2020 schließen, oder verabschiedet sich die Bundesregierung nun offiziell von diesem Ziel?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

79. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, den angekündigten Ausbau von EU-Austausch- und -mobilitätsprogrammen wie beispielsweise Erasmus+ oder DiscoverEU ohne Kürzungen bei anderen Jugend-, Austausch-, Mobilitäts- oder Hochschulprogrammen zu finanzieren, und wenn nicht, bei welchen Programmen hielte die Bundesregierung Kürzungen für vertretbar (bitte begründen)?
80. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Aussage der EU-Kommission, dass mit dem Programm Horizont Europa abgesichert sei, dass zivile Forschungsergebnisse der Entwicklung von Verteidigungskapazitäten (und umgekehrt) nutzen könnten (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-proposals-defence-may2018_en.pdf), und hält die Bundesregierung dies für vereinbar mit dem zivilen Charakter von Horizont Europa?
81. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vertreter der in § 13a WHG genannten Institutionen werden in der Expertenkommission zu Fracking-Probebohrungen sitzen (bitte Namen angeben), und wann rechnet die Bundesregierung mit den ersten Anträgen auf Probebohrungen vor dem Hintergrund, dass zwar noch keine Anträge vorliegen, die Einsetzung der Kommission aber

erst erfolgen soll, wenn Anträge „absehbar“ sind (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 63 auf Bundestagsdrucksache 18/11220)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

82. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung die Finanzierungslücke von 1,2 Mrd. Euro im EUTF (European Union Emergency Trust Fund for Stability and Addressing Root Causes of Irregular Migration and Displaced Persons in Africa) geschlossen werden, die eine weitere Arbeit des EUTF nur noch bis Jahresende 2018 zulässt und die noch in der Pipeline befindlichen Vorhaben bis 2020 gefährdet (Ausschussdrucksache 19(19)60 des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages)?
83. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Einrichtung eines Migrationsberatungszentrums im Rahmen des Projekts „Perspektive Heimat“ vom Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller in Afghanistans Hauptstadt Kabul, für welches nach meiner Kenntnis aus Mangel an Sicherheit anders als in anderen Projektländern von „Perspektive Heimat“ kein GIZ-Büro in Kooperation mit der lokalen Arbeitsagentur eingerichtet sondern die Internationale Organisation für Migration (IOM) unter Vertrag genommen werden soll, und wie bewertet sie die Erfolgsaussichten in diesem von Anschlägen und Gewalt betroffenen Gebiet, Rückkehrerinnen und Rückkehrer tatsächlich in existenzsichernde Arbeit zu vermitteln?
84. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent der freiwilligen Rückkehrer konnten nach Ankunft in ihrem Herkunftsland im Rahmen des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ bislang beraten werden, und in wie viel Prozent der Fälle führte die Beratung im Herkunftsland zur Vermittlung einer Arbeitsstelle für die Betroffenen?

85. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet bzw. begründen es die Bundesregierung bzw. insbesondere das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dass die genannten bzw. alle mit der Umsetzung von Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) betrauten Ressorts – mit Ausnahme des Bundesentwicklungsministeriums – den Zugang des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) zu Unterlagen und Daten für eine umfassende Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung verweigern (vgl. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 6. Juni 2018), und bis wann wird die Bundesregierung den Zugang zu Daten und Unterlagen aller Ressorts für das DEval sicherstellen, damit dieses in die Lage versetzt wird, seinem satzungsgemäßen Auftrag nachzukommen?